



### Presseschau vom 11.12.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

#### vormittags:

#### **Dnr-online.ru: Erklärung Puschilins zu den Angriffsplänen der Ukraine**

„Von unserer Aufklärung gehen erschreckende Informationen über die Vorbereitung eines groß angelegten Angriffs durch die Ukraine ein. Insbesondere gibt es Informationen, dass Kiew sich darauf vorbereitet, die Kriegshandlungen in Richtung Mariupol wiederaufzunehmen.“

Nach vorliegenden Informationen wird das Ziel des Angriffs der ukrainischen Streitkräfte allem Anschein nach die Einnahme der Territorien der Bezirke Nowoasowsk und Telmanowo und die Herstellung der Kontrolle über einen Abschnitt der Grenze zwischen der DVR und der RF im Gebiet von Konkowo und Cholodnoje sein. Der Gegner hat eine Angriffsstoßgruppierung gebildet, zu der vier Brigaden mit insgesamt 12.000 Mann, mehr als 50 Panzer, eine erhebliche Zahl von Raketen- und Rohrartillerie gehören. Darunter sind auch schwere Mehrfachraketenwerfer vom Typ „Smertsch“, von denen eine Abteilung vor drei Tagen in das Gebiet von Wolodarskoje verlegt wurde.

Zur Rechtfertigung der Aggression gegen unsere Republik in den Augen der Weltgemeinschaft und des eigenen Volks plant das Kiewer Regime einen Terrorakt in einem der Unternehmen von Mariupol. Mit hoher Wahrscheinlichkeit haben die Spezialdienste der Ukraine für die Diversion das Mariupoler Iljitsch-Metallkombinat gewählt, wo erhebliche Vorräte an Ammoniak für die Industrieproduktion gelagert sind.

In Wirklichkeit braucht die ukrainische Regierung eine Verschärfung der militärischen Lage

im Donbass zur Verlängerung des Kriegszustands im Land, für eine mögliche Verschiebung der Wahlen und eine Beschränkung des Wahlrechts für die Einwohner einiger Oblaste der Ukraine.

Meinerseits erkläre ich: Die Streitkräfte der Donezker Volksrepublik sind bereit, dem Feind entgegenzutreten und ihr Land zu verteidigen, und die Provokationen der ukrainischen Streitkräfte werden nur zu sinnlosen Opfern unter den Soldaten und der friedlichen Bevölkerung führen“, erklärte das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin,



[http://dnr-news.com/uploads/posts/2018-12/1544524408\\_5355.jpg](http://dnr-news.com/uploads/posts/2018-12/1544524408_5355.jpg)

### de.sputniknews.com: **Bringen USA ihre Protégés zur Vernunft? – Botschaft mahnt vor Offensive im Donbass**

Die russische Botschaft in Washington hat die US-Regierung dazu aufgerufen, bei der Vorbereitung einer neuen Offensive im Donbass vonseiten der ukrainischen Armee kein Auge zuzudrücken. Dies geht aus einer auf dem Facebook-Account der Botschaft veröffentlichten Pressemitteilung hervor.

„Wir fordern Washington auf, über die aktive Vorbereitung der ukrainischen Streitkräfte und der rechtsextremen Truppen an der Berührungslinie im Donbass nicht hinwegzusehen“, heißt es in der Mitteilung. Diese Vorbereitung könnte „ein blutiges Szenario“ zur Folge haben. Das US-Außenministerium müsse zugeben, dass es in der Kampfzone amerikanische Instruktionen gebe, die ukrainische Luftlandebrigaden ausbilden würden, heißt es weiter. Eine von diesen Brigaden sei kürzlich mit SS-Symbolen gesichtet worden.

„Wir hoffen, dass die USA ihre Protégés zur Vernunft bringen“, fügte die russische Botschaft hinzu. Die aggressiven Absichten von Kiew seien nicht nur aussichtslos, sondern würden auch den Äußerungen der US-Regierung widersprechen, die sich zur Regelung des Konflikts im Südosten der Ukraine mit politischen und diplomatischen Mitteln bekenne.

Am Montag hatte die selbsterklärte Volksrepublik Donezk unter Verweis auf Informationen der Militäraufklärung bekannt gegeben, die ukrainische Armee bereite sich auf eine umfassende Offensive vor, die am 14. Dezember eingeleitet werden solle. Die Operation zielle darauf ab, die Bezirke Nowoasowsk und und Telmanowo zu erobern und bis zur Grenze zu

Russland vorzurücken.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31684/07/316840720.jpg>

Dan-news.info: „Im Zusammenhang mit der Veröffentlichung der Angriffspläne der bewaffneten Formationen der Ukraine wurde die **Seite des Pressedienstes der Leitung der Volksmiliz der DVR mit einer massiven DDoS-Attacke angegriffen**. Es wurde festgestellt, dass die Attacke von ukrainischen und baltischen IP-Adressen aus erfolgt“, teilte heute der Leiter des Pressedienstes der Volksmiliz der DVR Daniil Bessonow mit. Er fügte hinzu, dass derzeit Maßnahmen zur Wiederherstellung der Seite unternommen werden.

de.sputniknews.com: **So viele Terroristen wurden 2018 in Russland eliminiert – FSB-Chef**

Der Chef des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB Alexander Bortnikow hat im Rahmen einer Sitzung des nationalen Anti-Terror-Komitees die Zahl der Terroristen und Terrorzellen beziffert, die im Jahr 2018 in Russland eliminiert bzw. entdeckt wurden.

„Im Laufe der Anti-Terror-Einsätze und der einzelnen operativen Maßnahmen wurden 65 Kämpfer, darunter zehn Bandengruppen-Chefs, neutralisiert. 36 Chefs, 236 Banditen und 589 Nebentäter wurden festgenommen“, so Bortnikow.

Darüber hinaus wurde ihm zufolge die Tätigkeit von 37 Terrorzellen unterbunden, die Terroranschläge auf dem Territorium von Dagestan, Inguschetien, Tschetschenien und der Region Stawropol geplant haben sollen.

Die meisten Terroraktivitäten werden nach wie vor im Nordkaukasus fixiert, so Bortnikow. Ferner erläuterte er, dass die internationalen Terrororganisationen versuchen würden, die Terroraktivität auch auf andere Regionen des Landes auszuweiten. Dafür sollen sie unter anderem Migranten aus zentralasiatischen Ländern als Täter anziehen.

2018 wurde in Russland die Tätigkeit von mehr als 64.000 rechtswidrige Informationen enthaltenden Webseiten eingestellt. 47.000 davon sollen Materialien über Terroristen aufgewiesen haben.

„Die Situation um den Anti-Terror-Kampf in Russland bleibt schwierig, wird aber von Sicherheitsbehörden kontrolliert. Dank der Umsetzung eines Maßnahmenpakets verringerte sich in diesem Jahr die Zahl der verübten Terrorverbrechen sowie die Zahl der Terroranschläge“, betonte Bortnikow.

Er verwies unter anderem darauf, dass die koordinierte Arbeit aller Anti-Terror-Subjekte ermöglicht habe, jedwede Terroraktivitäten während der russischen Präsidentschaftswahlen sowie der Fußballmeisterschaft 2018 zu verhindern.

lug-info.com: In den letzten 24 Stunden haben die Kiewer Truppen dreimal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von Slawjanoserbsk, Donezkij und Kalinowo. Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und großkalibrigen Maschinengewehren.

de.sputniknews.com: **Es geht doch: In diesem Bereich ist Deutschland Russlands wichtigster Partner**

Deutschland und Russland wollen ihre Kooperation in Wissenschaft und Bildung in den kommenden zehn Jahren vertiefen. Dabei stehen wichtige gemeinsame Projekte an. Eines davon ist eisig kalt.

Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) und ihr russischer Kollege Michail Kotjukow unterzeichneten am Montag in Moskau ein Rahmenabkommen. „Dialog ist entscheidend, und das eine Wissenschaft und internationale Politik“, betonte Karliczek laut dpa. Kotjukow sagte, dass Deutschland bereits jetzt für Russland der Forschungspartner mit den meisten bilateralen Kooperationen sei.

Die Vereinbarung setzt den Rahmen für eine engere Zusammenarbeit von Großforschungseinrichtungen beider Länder. Dies betrifft zum Beispiel den Bau von Beschleuniger-Anlagen beim GSI-Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung in Darmstadt und beim russischen Kernforschungsinstitut in Dubna bei Moskau. Ebenso soll das Forschungszentrum Jülich nach Angaben der Agentur Ausrüstung zur Neutronenforschung an die Filiale des Kurtschatow-Instituts in Gatschina bei Sankt Petersburg liefern. Dabei geht es nach Angaben aus Jülich um Grundlagenforschung an Energie- oder Biomaterialien.

Als weiteren Höhepunkt der Zusammenarbeit nannte Karliczek die internationale Arktis-Expedition Mosaic. Dabei werde sich der deutsche Forschungseisbrecher „Polarstern“ aus Bremerhaven von September 2019 an mit Wissenschaftlern aus 17 Ländern für ein Jahr im Eis des Nordpols einfrieren lassen.

Dnr-sckk.ru: **Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 10. Dezember 3:00 bis 11. Dezember 3:00**

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen 24.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Sajzewo, Dolomitnoje, Donezk (Trudowskije), Donezker Flughafen (Volvo-Zentrum), Kaschtanowoje, Jasinowataja, Krutaja Balka, Spartak, Alexandrowka, Leninskoje, Sachanka.

Opfer unter den friedlichen Bürgern und Schäden an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgeschossenen Geschosse betrug 166.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der abgeschossenen Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik der Zahl der Geschosse im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 169.

Ab 00:01 am 29. August 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regime der Feueereinstellung im Zusammenhang mit Beginn des Schuljahrs – der „Schul“-waffenstillstand – in Kraft.

#### Ukrinform.ua: **Resolution zur Unterstützung der Ukraine: Litauen fordert umfassende Russland-Sanktionen einschließlich Ausschluss von SWIFT**

Das Parlament Litauens hat eine Resolution zur Unterstützung der Ukraine verabschiedet. Die Resolution fordert eine radikale Strategieänderung des Westens angesichts der russischen Aggression und konkrete Schritte zur Bekämpfung der Aggression.

Das Parlament verurteilte im Dokument die militärische Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine und die Verletzung der vielen bilateralen und internationalen Abkommen und des Völkerrechts durch Russland, heißt es auf dem Webseite des Seimas. Mit dem Angriff auf ukrainische Schiffe in der Straße von Kertsch habe Russland „rote Linien“ überschritten. „Der Seimas ruft zur radikalen Änderung der westlichen Strategie, zum Übergang zu konkreten Handlungen, die Russland tun muss, und wenn sie nicht umgesetzt werden, zur Einführung von effektiveren und breiteren Sanktionen auf.“

Die Parlamentarier stellten Bedingungen und Forderungen an Russland auf. Das seien der Übergang der Kontrolle über die Straße von Kertsch an die UNO, die Unterstellung von besetzten Gebiet unter Verwaltung der UNO, die Freilassung von ukrainischen Gefangenen und Polithäftlingen. Wenn Russland die Forderungen in der nächsten Zeit nicht erfüllen wird, schlägt das Parlament umfangreiche Sanktionen, darunter für den russischen Gas- und Ölsektor sowie für den Finanzsektor, einschließlich einem Ausschluss von dem internationalen Zahlungssystem SWIFT, vor.

Das Parlament unterstützte die Nato-Präsenz im Schwarzen Meer, rief die Staaten der EU und Nato zur Vertiefung der Zusammenarbeit mit der Ukraine und zur Stärkung ihrer Verteidigungsfähigkeit auf. Auch die Reformen in der Ukraine müssen unterstützt werden, damit die Ukraine 2027 gut auf die Beitrittsverhandlungen mit der EU vorbereitet ist. Zuvor hatte Litauen nationale Sanktionen gegen 20 Personen wegen der Aggression in der Straße von Kertsch verhängt.

#### de.sputniknews.com: **Treffen im „Normandie-Format“ wegen Zwischenfall im Schwarzen Meer**

Mit einem Vermittlungsversuch wollen Berlin und Paris die zugespitzte Krise zwischen Kiew und Moskau entspannen, meldet die Nachrichtenagentur dpa. Dazu wird das „Normandie-Format“ genutzt, heißt es. Doch diesmal treffen sich nicht die Außenminister der vier beteiligten Staaten.

Deutschland und Frankreich versuchen am Dienstag in dem Konflikt zwischen Russland und der Ukraine nach dem Zwischenfall vor der Straße von Kertsch zu vermitteln. Das meldet die Nachrichtenagentur dpa. In Berlin würden sich die außenpolitischen Berater der Staats- und Regierungschefs der vier Länder treffen, heißt es. Bundeskanzlerin Angela Merkel habe den Vermittlungsversuch nach ihrem Treffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin beim G20-Gipfel in Buenos Aires angekündigt.

Präsident Putin und Kanzlerin Merkel hatten in einem Telefonat am Montag den Vorfall in der Straße von Kertsch erörtert und ebenso die Themen INF-Vertrag und Syrien berührt, wie der Kreml-Pressedienst meldete. Das Gespräch sei auf Initiative der deutschen Seite zustande gekommen.

In der Mitteilung des Kreml hieß es: „Die Lage, die sich infolge der Verletzung der

Staatsgrenze Russlands durch ukrainische Schiffe am 25. November gefügt hatte, wurde weiter erörtert. Dabei ist das gegenseitige Interesse an der Nichtzulassung einer Eskalation der Spannung im Asowschen und Schwarzen Meer sowie an der Regelung von Problemen geäußert worden, die eine Folge der provokativen Handlungen der ukrainischen Behörden geworden sind.“

Laut der Bundesregierung forderte Merkel Vorkehrungen, um eine reibungslose Schiffspassage in der Straße von Kertsch zu gewährleisten. Sie habe sich zudem für die Freilassung der festgenommenen ukrainischen Seeleute ausgesprochen.

Deutschland und Frankreich versuchen seit 2014 im Ukraine-Konflikt zu vermitteln. Die Vierer-Runden werden nach dem Ort des ersten Treffens auch „Normandie-Format genannt“. In der Regel treffen sich die Außenminister. Laut dpa ist es ungewöhnlich, dass nun die außenpolitischen Berater zusammenkommen. Es werde allerdings kaum ein Erfolg des Vermittlungsversuchs erwartet.

### **nachmittags:**

rusvesna.su: **In der Region Lwow begannen Bergleute einen unterirdischen Streik**

Die Bergleute des Bergwerks „Lesnaja“, das in Oblast Lwow liegt, begannen eine Protestaktion unter Tage. Sie lehnten es ab, an die Oberfläche zu kommen und verlangten des Ausgleich der Zahlungsrückstände der Löhne.

Über die Aktion der verzweifelten Bergleute berichtet der Vorsitzende der Bergarbeitergewerkschaft der Ukraine Michail Wolynez.

„Die Bergleute des Schachtes ‚Lesnaja‘ der Firma ‚Lwowugol‘, die in der zweiten Schicht arbeiten, blieben unter Tage. Es gibt nur eine Forderung – die Lohnrückstände abbezahlen, da die Bergleute im Oktober nur knapp die Hälfte gezahlt bekamen...“

Es ist möglich, dass sich die Bergleute der dritten und vierten Schicht anschließen werden. Von der ersten Schicht blieben 45 Bergleute unter Tage, von der dritten Schicht schlossen sich schon 78 Bergleute an“, berichtete Wolynez auf seiner Seite in den Sozialen Netzwerken. Nach vorliegenden Fakten befinden sich zurzeit 97 Bergleute unter Tage.



[http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign\\_wm/public/\\_shahtery.jpg](http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/_shahtery.jpg)

Dan-news.info: „Die vorletzte Sitzung der Kommission des Fonds „Einheitlicher Donbass“ in diesem Jahr, die 23., fand am 7. Dezember statt. Bei dieser Sitzung wurden 531 Anträge auf materielle Hilfe behandelt, davon wurden 217 mit einer Gesamtsumme von 7.909.000 Rubel bewilligt“, teilte der Vorsitzende des Fonds Oleg Balykin mit.

Er fügte hinzu, dass der Fonds in diesem Jahr 14.880 Anträge behandelt hat, davon wurde 5789 mit einer Gesamtsumme von 220 Mio. Rubel bewilligt.

#### de.sputniknews.com: **Putin bei Stasi? Eine Sensation oder Clickbait für Boulevard-Medien**

Der russische Präsident Wladimir Putin hat in den 1980er Jahren beim Geheimdienst KGB in der DDR in Dresden gearbeitet. Diese Fakten sind allgemein bekannt und wurden auch vom russischen Staatschef selbst oft angesprochen. Doch nun will die „Bild“ ein „sensationelles“ Dokument über Putins Tätigkeiten erhalten haben. Ist da was Haltbares dran?

Das Boulevard-Blatt „Bild“ behauptet, dass Putins „geheimer Stasi-Ausweis“ entdeckt worden sei. Dieser soll belegen, dass der heutige russische Staatschef „auch Mitarbeiter des berüchtigten Staatssicherheitsdienstes“ war.

Das entdeckte Dokument wird dabei wie eine Sensation dargestellt und über alle verfügbaren „Bild“-Kanäle verbreitet, sei es die deutsch- oder die englisch-sprachige Internetseite, Twitter usw.

Es sei erst jetzt entdeckt worden, weil es „bis jetzt unentdeckt in als langweilig klassifizierten Akten“ herumgelegt habe.

Zudem verweist das Blatt auf den Chef der Stasi-Unterlagenbehörde (BStU) von Dresden, Konrad Felber.

Dieser erklärt, dass es bislang unbekannt gewesen sei, dass Putin über einen Stasi-Ausweis verfügt habe. Mit dem Stasi-Ausweis konnte Putin laut Felber „ohne Probleme in den Stasi-Dienststellen ein und aus gehen (...) Er musste so niemandem verraten, dass er für den KGB arbeitete“.

Der Ausweis sei am 31. Dezember 1985 ausgestellt und bis Ende 1989 immer wieder verlängert worden.

Felber selbst, der die Entdeckung des Ausweises bekanntgab, will zumindest von einer „kleinen Sensation“ sprechen. Denn Putins Name sei in den Akten, die die Ausgabe der Ausweise an sowjetische Militäranghörige nachweisen, nicht verzeichnet gewesen.

Eine wahre Sensation? Oder Wahn nach Klicks?

Die vorgebrachten „Argumente“ der „Bild“ scheinen im ersten Moment aufsehenerregend und herausragend zu sein – doch ist das tatsächlich so? Ist nun belegt, dass Putin „Mitarbeiter der Stasi“ war? Wohl kaum.

Die vom Boulevard-Blatt verbreitete Nachricht sowie insbesondere ihre Darbietung als eine Art „Sensation“ ist gleich aus mehreren Hinsichten banal und plakativ:

Der russische Präsident hat nie versucht zu verheimlichen, dass er in Geheimdiensteinrichtungen auf dem Territorium der DDR gearbeitet hatte. Im Gegenteil, der russische Präsident äußerte sich immer sehr offen über seine Tätigkeit in Dresden.

Die Existenz eines Stasi-Ausweises für ungehinderten Zugang bedeutet keineswegs automatisch eine Arbeitstätigkeit bei der Staatssicherheit. Das betont auch Dresdens BStU-Chef Felber selbst deutlich. „Das heißt aber nicht automatisch, dass Putin für die Stasi gearbeitet hat“, so der Dresdner Außenstellenleiter der Stasiunterlagenbehörde.

Zudem waren KGB und Stasi verbündete Dienste. Dass es dabei eine enge Zusammenarbeit und einen Austausch zwischen diesen Behörden gab, ist sicher alles andere als eine Sensation.

Auch ist momentan immer noch nicht das Foto der angeblich „sensationellen“ Dokumente veröffentlicht worden. Im Moment wurden von der „Bild“ lediglich Foto-Collagen gezeigt. Dass die „Bild“ mit einer angeblich sensationellen Spionage-Geschichte zu Putin groß für Aufmerksamkeit sorgen wollte, ist dabei noch nicht einmal unter westlichen Mainstreammedien etwas Neues.

So hat beispielsweise bereits im Jahr 2015 die BBC einen umfangreichen Artikel herausgebracht, in dem über die Tage und Stunden von Wladimir Putin beim KGB zur Zeit des Mauerfalls gesprochen wird.

Die „Sueddeutsche Zeitung“ hatte gar bereits im Jahr 2010 über Putins Geheimdienstzeit in der DDR berichtet. „Putins Zeit als KGB-Mann in Dresden: Spion und Raser“, titelte bereits damals das Blatt.

Auch andere ähnliche Publikationen über den russischen Staatschef lassen sich leicht finden. Und so lässt sich festhalten, dass ein nüchterner Blick auf den „Bild“-Artikel eher die Sensationsgeilheit der „Bild“ aufzeigt, als etwas anderes.

Entsprechend gelassen reagierte übrigens auch der Kremlsprecher Dmitri Peskow auf die neuen „Bild“-Publikationen.

„Zu sowjetischen Zeiten waren das KGB und die Stasi befreundete Dienste. Deshalb ist nicht auszuschließen, dass es auch wechselseitige Ausweise gab“, sagte Peskow gegenüber russischen Medien.

Für nähere Informationen riet er Medien, sich gerne an den russischen Geheimdienst zu wenden und dorthin eine offizielle Anfrage zu richten. Auch der russische Geheimdienstveteran Alexander Michailow fand keine Sensation in dem Fund des Ausweises. Das Dokument sei höchstwahrscheinlich nichts anderes als ein Eintrittspass in einige Räumlichkeiten des Ministeriums, jedoch sicherlich kein „Mitarbeiter-Ausweis“ der Stasi. „Das Blatt (die „Bild“) kann dieses Dokument bezeichnen, wie es will. Es war höchstwahrscheinlich nur ein Pass, um das Gebäude des Ministeriums zu betreten“, so Michailow gegenüber Sputnik.

Vermutlich habe es im Gebäude der Staatssicherheit einfach Räume gegeben, in denen KGB-Mitarbeiter einige ihrer Unterlagen aufbewahren durften.

Auch umgekehrt hätten Stasi-Mitarbeiter ähnliche Eintrittspässe für Einrichtungen auf dem Territorium der damaligen Sowjetunion gehabt.

„Ich kann Ihnen ein Beispiel geben — zu dieser Zeit hatten wir in Moskau viele Repräsentanten von fast allen unseren Partnern (aus den Geheimdiensten der sozialistischen Länder), die sich in den Räumlichkeiten unserer Distriktabteilungen (KGB) befunden haben. Deshalb brauchten sie Pässe, um dorthin zu gelangen und diese Eintrittspässe sahen den Mitarbeiter-Ausweisen ähnlich“, erklärte Michailow.  
Die aktuelle Reaktion westlicher Medien sei daher absolut unbegründet, so der Geheimdienstveteran.

### **Mil-Inr.info: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko**

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR bleibt angespannt und hat eine **Tendenz zur Verschärfung**.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **dreimal das Regime der Feueinstellung verletzt**.

Von den Positionen der ukrainischen Kämpfer der 10. Brigade der ukrainischen Streitkräfte, die von Subanitsch geleitet wird, aus wurden die Gebiete von **Donezkij und Slawjanoserbsk** mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Granatwerfern und großkalibrigen Maschinengewehren beschossen.

Auf Befehl des Kommandeurs der 72. mechanisierten Brigade des Kriegsverbrechers Tatus wurde das Gebiet von **Kalinowo** mit 120mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen und Schusswaffen beschossen.

Insgesamt wurden mehr als 20 Geschosse auf das Territorium der Republik abgeschossen. Informationen über Opfer und Zerstörungen werden noch ermittelt.

Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte konzentriert weiter verbotene Waffen an der Kontaktlinie und nutzt die zivile Infrastruktur zur Stationierung von Militärtechnik.

In Wojtowo wurden zwei Schützenpanzerwagen entdeckt, in Makarowotri ein Schützenpanzerwagen und ein Schützenpanzer, die zwischen Wohnhäusern stehen. In Solotoje-3 sind vier Schützenpanzer auf dem Territorium eines Kindergartens stationiert, der von Einheiten der ukrainischen Streitkräfte besetzt wurde. In Wohngebieten sind zehn Schützenpanzer und ein Panzerfahrzeug KrAS „Kuguar“ mit einem großkalibrigen Maschinengewehr stationiert.

Außerdem wurde im Gebiet von Murotowo, 51 km nordwestlich von Lugansk ein Abwehraketenkomplexe „Strela-10“ entdeckt.

In der „OOS“-Zone wurde die **Aktivität von Spezialoperationskräften des Gegners** festgestellt.

Nach unseren Informationen ist im Gebiet von Solotoje eine Aufklärungsgruppe einer der Einheiten der Spezialoperationskräfte der ukrainischen Streitkräfte eingetroffen. Die Gruppe hat die Aufgabe die Örtlichkeiten und die Positionen der Volksmiliz zu erkunden und in Ortschaften der Republik vorzudringen. Die Arbeit der Gruppe koordiniert ein **Instrukteur aus den britische Streitkräften**.

Im Zeitraum vom 11. bis 12. Dezember wird in der OOS-Zone die **Ankunft einer Delegation der US-Streitkräfte unter Leitung des Assistenten des Militärattachés in der Ukraine Erik Adams** erwartet, der ein Treffen mit der Kommando der OOS durchführen, sich mit der Lage bekannt machen und beratende Unterstützung leisten wird. Außerdem wird er sich bei dem Versuch mit den Militärberatern der US-Streitkräfte treffen, die den Brigadekommandeuren in der OOS-Zone zugeordnet sind.

Die Volksmiliz der LVR hält trotz der ständigen Provokationen von Seiten der ukrainischen Truppen wie zuvor ihre Verpflichtungen zum Schutz der Republik ein.

Unsere Einheiten tun ununterbrochen Dienst, führen Übungen durch, um eine hohe Kampffähigkeit aufrechtzuerhalten, um jeder Aggression der ukrainischen Seite standhalten zu können.

de.sputniknews.com: **Russlands Medienaufsichtsbehörde verhängt Geldstrafe gegen Google**

Russlands Medienaufsichtsbehörde (Rosskomnadsor) hat laut ihrem Chef Alexander Scharow eine Geldstrafe gegen Google verhängt und plant eine Ermittlung gegen Twitter und Facebook. Grund war die Nichteinhaltung des Gesetzes über das Löschen von rechtswidrigen Informationen aus den Suchergebnissen.

Die Geldbuße betrug 500.000 Rubel (umgerechnet etwa 6600 Euro).

Scharow warnte, dass die Behörde ein neues Strafverfahren einleiten werde, wenn Google weiterhin das Gesetz nicht einhält.

„Wir werden weiterhin die Einhaltung der russischen Gesetzgebung durch Google anstreben... Es stellt sich heraus, dass jemand bei uns Schritt hält, und jemand nicht. Denn alle Suchmaschinen sind (an das Register verbotener Informationen – Anm. d. Red.) angeschlossen und filtern die Daten, aber Google tut es nicht. Das betrübt uns. Wir haben mit dem Unternehmen alle relevanten technischen Möglichkeiten durchgearbeitet und warten auf eine Entscheidung“, erklärte der Rosskomnadsor-Chef.

Zudem verkündete der Behördenchef, dass die Medienaufsicht Facebook und Twitter auf die Einhaltung des Gesetzes über die Lokalisierung der Personalien der Nutzer prüfen wird. Die Ermittlung soll bis zum Jahresende durchgeführt werden.

Am 1. Oktober trat in Russland ein Gesetz in Kraft, das Suchmaschinen verpflichtet, sich einem zentralen Register verbotener Informationen anzuschließen und die Suchergebnisse entsprechend zu filtern. Google kam diesen Forderungen nicht nach. Wie Rosskomnadsor berichtete, wird hierfür eine Geldstrafe in Höhe von 500 bis 700.000 Rubel verhängt.

Das Gesetz zur Lokalisierung von Nutzer-Personalien verpflichtet ausländische über das Internet in Russland tätige Unternehmen, die Personalien ihrer Kunden in Datenbanken auf dem Territorium des Landes zu speichern.

**Armiyadrn.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 11.12.2018**

In den letzten 24 Stunden wurden **24 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung** von Seiten des Gegners festgestellt, der die Gebiete von **elf Ortschaften der Republik** beschoss.

**In Richtung Gorlowka** haben die Kriegsverbrecher der 58. Panzergrenadierbrigade unter Anführerschaft von Drapatyj die Gebiete von **Sajzewo, Dolomitnoje und der Siedlung des Gagarin-Bergwerks** mit Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

**In Richtung Donezk** wurden von den Positionen der 28. und der 92. mechanisierten Brigade unter Kommando der Henker Martschenko und Kokorjew und der 57. Panzergrenadierbrigade unter Anführerschaft von Mischantschuk aus die Gebiete von **Alexandrowka, Spartak, Jasinowataja, Kaschtanowoje, Krutaja Balka und der Siedlung Trudowskije im Petrowskij-Bezirk von Donezk** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

**In Richtung Mariupol** haben die Kriegsverbrecher der 79. Luftsturmgruppe auf Befehl von Kuratsch **Leninskoje und Sachanka** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen. Opfer und Zerstörungen werden noch ermittelt.

Im Rahmen der Vorbereitung des Kommandos der bewaffneten Formationen der Ukraine auf einen Angriff ist gestern eine Kolonne mit Technik des 503. Marineinfanteriebataillons von Berdjansk in Richtung Mariupol gefahren (12 Lastwagen, neun Panzertransporter, mehr als 150 Mann). Derzeit sind die Kämpfer am westlichen Rand von Mariupol stationiert.

Außerdem wurde festgestellt, dass im Zeitraum von 10. bis 14. Dezember in der Besatzungszone die Ankunft von **Personal des militärischen Rechtsordnungsdienstes** aus dessen Abteilungen in Poltawa und Tscherkassy geplant ist. Nach uns vorliegenden Informationen werden die Polizisten nach der Ankunft in der Konfliktzone in Richtung

Gorlowka und Mariupol verteilt werden, um Desertionen von Kämpfern der ukrainischen Brigaden, die für den Angriff vorgesehen sind, zu verhindern.

Wir stellen weiter die Unfähigkeit der militärischen Führung der Ukraine, ihre Kämpfer materiell zu versorgen, fest.

Wir haben zuvor erklärt, dass die Probleme mit der rückwärtigen Versorgung in der 57. Brigade ernst sind. Nach genaueren Informationen wurden derartige Probleme auch in anderen Einheiten der bewaffneten Formationen der Ukraine in der Besatzungszone entdeckt. Unter anderem haben Überprüfungen des Stabs der Besatzungskräfte ein Defizit an Lebensmitteln in den Einheiten der 58. Panzergrenadierbrigade, die Positionen in Richtung Gorlowka einnimmt, ergeben. Eine besonders kritische Situation ist im 13. Bataillon der Kämpfer im Gebiet von Sajzewo entstanden. Es ist bemerkenswert, dass die bestehenden Defizite nicht nur den zuständigen rückwärtigen Dienst der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ und der „OOS“ beseitigt werden, sondern durch Freiwillige aus der Organisation „Patriot“, die auf Bitte der Kämpfer gekommen sind. Die Freiwilligenorganisation hilft jetzt den Kämpfern aus dem 15. Panzergrenadierbataillon derselben 58. Brigade dabei, die defekte Fahrzeugtechnik wieder in Ordnung zu bringen. Das heißt, dieser Fall zeugt von einer vollständigen Aufgabe der Verantwortung durch das übergeordnete Kommando der Kämpfer bei der Lösung der Probleme der Untergebenen.

#### de.sputniknews.com: **Popularität auf Null: Poroschenko schürt weiter Angst vor „russischer Aggression“**

Jetzt ist es offiziell: Die Ukraine hat den Freundschaftsvertrag mit dem „Aggressor“ Russland aufgelöst, unter dessen Pein Kiew nach eigenen Angaben seit Jahren gelitten hat.

„Offensichtlich ist eines: Dies lässt sich kaum als Schritt bezeichnen, der den Interessen der Ukrainer entspricht – der Ukrainer, mit denen wir verwandtschaftlich und brüderlich verbunden sind – egal was passiert ist“, zeigte sich Dmitri Peskow, der Sprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, diesbezüglich philosophisch.

Inzwischen sind aber schon fast zwei Wochen vergangen, seitdem der ukrainische Präsident Petro Poroschenko in einigen Gebieten des Landes das Kriegsrecht ausgerufen hat.

Mittlerweile lassen sich einige Ergebnisse zusammenfassen und auch einige Prognosen machen.

Es sei daran erinnert: Der blutige Bürgerkrieg in der Ukraine dauert schon seit fast fünf Jahren, und jetzt entschied sich Poroschenko für die Ausrufung des Kriegsrechts im Osten des Landes – nach der von ihm höchstpersönlich verfügten Provokation in der Kertsch-Straße Ende November. Der offizielle Grund dafür war, dass die Gefahr einer Invasion von russischen Truppen in die Ukraine enorm groß wäre – obwohl sie das laut Kiews offizieller Version schon vor mehr als vier Jahren getan haben sollen.

An diese Version glaubte von Anfang an niemand: Zu offensichtlich war Poroschenkos Plan, die für Mai 2019 angesetzte Präsidentschaftswahl, die er unter normalen Umständen nie gewinnen würde, zu verschieben. Davon, dass seine Siegchancen bei null liegen, zeugt zumindest der Umstand, dass er immer noch kein Wahlkampfteam gebildet hat – im Unterschied zu seinen Konkurrenten.

Zwar wurde der Kriegszustand nur für 30 Tage verhängt und könnte theoretisch die Präsidentschaftswahl nicht behindern. Aber Poroschenko ist keiner, der sich mit „halb-garen Maßnahmen“ begnügt. Deshalb kann man durchaus prognostizieren, dass wenige Tage vor dem Ende des aktuellen Kriegszustandes eine neue Provokation folgen könnte, so dass der Kriegszustand verlängert wird. Nicht zu übersehen ist auch, dass er ausgerechnet in den östlichen Gebieten verhängt wurde, wo Poroschenkos Erfolgchancen bei der Präsidentschaftswahl besonders gering wären.

Aber mit dem Kriegszustand könnte die Präsidentschaftswahl nicht nur auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden – es geht quasi um ein universales Instrument, mit dem der

ukrainische Staatschef gleich viele Ziele erreichen könnte.

Erstens werden dadurch die Einwohner des Landes „gezähmt“, die mit den steigenden Kommuntarifen, mit der mangelhafte Beheizung ihrer Wohnungen und anderen Problemen unzufrieden sind und dagegen protestieren. Und im Kriegszustand werden alle Massenveranstaltungen verboten, wie auch jegliche Aktivitäten verschiedener politischer Parteien.

Zweitens erlaubt das Gesetz die zwangsweise Heranziehung der Bürger zu öffentlichen Arbeiten, wofür sie den Mindestlohn bekommen und kaum in den Urlaub gehen dürfen. Das ist im Grunde schon passiert: In Mariupol wurden Schüler gezwungen, Schanzen zu graben. Andere ähnliche Maßnahmen ließen auch nicht lange auf sich warten.

Was wurde noch bereits getan? In Übereinstimmung mit dem Kriegszustand verfügte Poroschenko, die Grenzkontrolle zu verschärfen. Unter anderem wurde die Einreise in die Ukraine für alle russischen Jugendlichen und Männer im Alter von 16 bis 60 Jahren verboten. Laut dem ukrainischen Grenzschutz wurde binnen einer Woche die Einreise von etwa 600 Russen unterbunden.

Und was den Freundschaftsvertrag mit Russland angeht, so hatte er wohl keine Chancen, weiter in Kraft zu bleiben, auch wenn seine offizielle Auflösung keine praktischen Folgen haben wird. In dem Vertrag steht nichts über die Einstellung des Gasimports bzw. Gastransits aus Russland geschrieben, wie auch über den endgültigen Abschied des ukrainischen Präsidenten von seinen Geschäften auf dem Territorium des Nachbarlandes.

Wie geht es aber weiter? Poroschenko macht die Perspektiven des Kriegszustandes von Moskaus Reaktion auf die Erpressung abhängig. „Wenn Russland unsere Forderung erfüllt und seine Truppen von unseren Grenzen und seine Kriegsschiffe aus dem Asowschen Meer abzieht, werden wir den Kriegszustand aufheben“, sagte er ultimativ

Aber zu seinem großen Ärger konnte Poroschenko immer noch nicht mit seinem Amtskollegen Wladimir Putin telefonieren – der Kreml zeigt kein Interesse für seine Pläne. Inzwischen haben am 3. Dezember in ukrainischen Armeeübungszentren

Wehrversammlungen für Reservisten begonnen – vorerst in den zehn Gebieten, in denen das Kriegsrecht gilt. Laut ukrainischen Medienberichten begrüßen die meisten Einwohner diese Entscheidung des Staatschefs und bedauern nur eines: Dass der Kriegszustand nicht noch früher verhängt wurde. Im Internet sprechen die Ergebnisse dieser Umfragen jedoch eine andere Sprache – selbst in den Regionen, wo Poroschenko mit der meisten Unterstützung rechnen darf, begrüßen höchstens 30 Prozent der Befragten den Kriegszustand.

Dabei hat der ukrainische Präsident immer noch kein Wahlkampfteam gebildet. Seit der Einführung des Kriegsrechts wachsen ausschließlich die Popularitätswerte seiner größten Gegnerin bei der Präsidentschaftswahl (falls diese stattfinden sollte): Julia Timoschenko. Angesichts dessen ist es sehr wahrscheinlich, dass bis zu einer neuen ukrainischen Provokation nur noch wenige Tage bleiben.

**Lug-info.com: Die Abgeordneten des Volkssojwets der LVR haben heute bei der Plenarsitzung auf Vorschlag des Oberhauptes der LVR Leonid Pasetschnik der Ernennung von Sergej Koslow zum Ministerratsvorsitzenden zugestimmt. Er hat dieses Amt seit 2015 inne. Ebenfalls stimmte der Volkssowjet der Ernennung von Jelena Kostenko und Natalja Tichonskaja zu stellvertretenden Ministerratsvorsitzenden zu. Tichonskaja hatte dieses Amt seit Februar 2017 inne. Kostenko war seit Juli 2015 Ministerin für ökonomische Entwicklung der LVR.**

**abends:**

de.sputniknews.com: **Putin äußert sich zu US-Strafe für russische „Agentin“ Butina**  
Der der Spionage verdächtigen Russin Maria Butina drohen nun 15 Jahre Haft in den USA. Russlands Präsident Wladimir Putin hat die Strafe am Dienstag als nicht rechtmäßig kritisiert. „Ihr drohen 15 Jahre Haft. Aber weswegen? Als ich hörte, dass um sie herum etwas los war, (...) fragte ich zunächst die Chefs unserer Spezialdienste, wer sie ist. Niemand weiß etwas von ihr, das Einzige, was man im Föderationsrat über sie weiß, ist, dass sie angeblich für einen Stellvertreter gearbeitet hatte, das ist alles. Dafür kann sie nicht zu 15 Jahren Haft verurteilt werden. Was ist denn das?“, sagte Putin in einer Sitzung des Menschenrechtsrats in Moskau.

Butina wurde im Juli in den USA festgenommen. Ihr wird ein Komplott zwecks Arbeit als Agentin einer ausländischen Regierung ohne Registrierung beim US-Justizministerium und eine Arbeit als Agentin vorgeworfen. Die Russin beteuert ihre Unschuld. Die russischen Behörden halten die gegen die Russin erhobenen Vorwürfe ebenfalls für erfunden. Der Rechtsanwalt von Butina betont, dass sie nichts Rechtswidriges getan habe, und dass ihre Kontakte in den USA voll und ganz mit dem Studium an der örtlichen Universität in der Fachrichtung „Internationale Beziehungen“ zu erklären seien. Der russische Außenamtssprecher Artjom Koschin bezeichnete Butina als politischen Häftling.

**Lug-info.com: Die offizielle Seite des Volkssowjets der LVR ist von einer heftigen DDoS-Attacke betroffen, weswegen sie eine Zeit lang nicht zugänglich ist. Dies teilt der Pressedienst des Parlaments mit.**

de.sputniknews.com: **Ukrainischer Politiker will Zerstörung der Krim-Brücke – Sacharowa reagiert**

Die offizielle Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, hat die Erklärung eines Abgeordneten der ukrainischen Werchowyna Rada (Parlamentsunterhaus) über die Notwendigkeit, die Krim-Brücke zu zerstören, am Dienstag auf Facebook als Aufruf zum Terrorismus bewertet.

Sacharowa reagierte damit auf die Worte des Abgeordneten Igor Mossijtschuk in einer Sendung des ukrainischen Fernsehsenders ObozTV, die auf der offiziellen Seite des Senders wiedergegeben wurden. Mossijtschuk zufolge ist die Krim-Brücke eine „feindliche Verkehrsinfrastruktur“.

„Ukrainische Diversanten, Aufständische aus dem Kaukasus, Außerirdische, der Herrgott... Auf die eine oder andere Art wird sie (die Krim-Brücke – Anm. d. Red.) vernichtet. Hoffentlich wird es durch eine Naturkatastrophe gemacht“, sagte der Abgeordnete laut dem Sender.

Sacharowa zufolge ist das eine der „vielzähligen Erklärungen seitens des Kiewer Regimes und der politischen Elite der heutigen Ukraine mit einem direkten Aufruf zu terroristischen Handlungen“.

„Die Politik der offiziellen (ukrainischen – Anm. d. Red.) Behörden basiert auf Provokationen, wie diese, die in der Meerengen von Kertsch, mit der Inszenierung des Todes des (Journalisten Arkadi – Anm. d. Red.) Babschenko und so weiter verübt wurden, sowie auf endlosen Einschüchterungen und Drohungen“, heißt es in Sacharowas Facebook-Eintrag. Die russische Küstenwache hatte am 25. November drei ukrainische Schiffe aufgebracht, die ins Asowsche Meer einlaufen wollten, ohne dass die Durchfahrt zuvor beim russischen Grenzschutz angemeldet worden war.

Die Schiffsbesatzungen reagierten nicht auf Warnungen der russischen Seite und führten gefährliche Manöver aus. Die Schiffe wurden in den Hafen von Kertsch gebracht. Die 24 Besatzungsmitglieder wurden festgenommen und nach Moskau überstellt, wo gegen sie eine

gerichtliche Klage erhoben wurde.

Ende Mai hatten ukrainische Medien und später auch die Behörden des Landes mitgeteilt, dass Arkadi Babtschenko im Treppenhaus vor seiner Wohnung erschossen worden sei. Der ukrainische Premier Wladimir Groisman beschuldigte Moskau des „Mordes“. Daraufhin sagte der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, dass der Kreml diese Anschuldigung als „Gipfel des Zynismus“ und „russenfeindliche Drescherei“ einstufe. Gleich am nächsten Tag erschien Babtschenko persönlich in einer Pressekonferenz des Geheimdienstes SBU. Wie der Chef der Behörde, Wassili Grizak, vor der Presse erklärte, sei die Information über die Ermordung des Journalisten Teil einer Sonderoperation gewesen, die darauf abgezielt gewesen sei, ein Attentat auf den Journalisten zu verhindern. Die Inszenierung wurde sowohl in Russland als auch im Westen vielfach kritisiert. Der Generalsekretär der „Reporter ohne Grenzen“, Christophe Deloire, hat seine Empörung darüber geäußert, dass die ukrainischen Geheimdienste den Journalistenmord inszeniert hätten, um einen Informationskrieg zu führen.

### **Ukrinform.ua: EU überweist an die Ukraine Hilfstranche von 500 Millionen**

Die Europäische Gerichtshof hat der Ukraine die erste Tranche der Finanzhilfe in Höhe von 500 Millionen Euro überwiesen.

Das gab der Vizepräsident der Europäischen Kommission, Valdis Dombrovskis, auf Twitter bekannt. „Die EU setzt ihr starkes Engagement in der Ukraine fort und unterstützt ihr Volk“, schrieb er.

Die Ukraine kann im Rahmen des vierten EU-Programms zur Makrofinanzhilfe insgesamt eine Milliarden Euro erhalten.

### **de.sputniknews.com: 2019 zum Bandera-Jahr im ukrainischen Lwiw erklärt**

Der Regionalrat des westukrainischen Gebiets Lwiw hat am Dienstag das Jahr 2019 zum Jahr des Anführers der Organisation Ukrainischer Nationalisten\* (OUN) Stepan Bandera erklärt. Das teilte das Internetportal des Regionalrates mit.

„Der Regionalrat des Gebiets Lwiw hat 2019 zum Stepan-Bandera-Jahr erklärt“, heißt es in der Mitteilung.

Diesen Beschluss hätten die Abgeordneten anlässlich des 110. Geburtstages von Stepan Bandera gefasst.

2015 hatte bereits der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, den Mitgliedern der OUN und ihrem militärischen Arm, der „Ukrainische Aufstandsarmee“ (UPA), den Status „Kämpfer für die Unabhängigkeit“ der Ukraine verliehen und ihnen damit das Recht auf Sozialversicherung gewährt.

Moskau hat diese Entscheidung verurteilt und erklärt, dass „die Ukraine ein Land ist, in dem Neonazisten von Reden zu Taten übergegangen sind und Tausende Zivilisten getötet haben“. Außerdem müsse es für „solche Handlungen eine angemessene Bewertung auf internationaler Ebene“ geben.

Die Heroisierung von OUN-UPA und ihren Anführern — Stepan Bandera und Roman Schuchewitsch — erntete Kritik vieler Weltkriegsveteranen und Politiker, die Bandera und Schuchewitsch wegen ihrer Zusammenarbeit mit den Nazis anprangern.

Außerdem wird von der Öffentlichkeit dazu aufgerufen, die Gräueltaten dieser Nazi-Kollaborateure nicht zu vergessen.

Stepan Bandera (1909-1959) hatte an der Wiege der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) gestanden. Als deren militärischer Arm war im Oktober 1942 die Ukrainische Aufständische Armee (UPA) gegründet worden. Im Zweiten Weltkrieg hatte sie auf der Seite der Wehrmacht gegen die Sowjetarmee gekämpft.

Im Sommer 1943 richteten die Nationalisten ein Massaker an der polnischen

Zivilbevölkerung an (Massaker von Wolhynien). Selbst ukrainische Historiker gestehen heute die Zahl der polnischen Opfer ein: Bis Ende 1943 wurden 50.000 bis 60.000 Männer, Frauen und Kinder auf unvorstellbar grausame Weise umgebracht. Nach ukrainischer Zählung wurden 500, nach polnischen Schätzungen mehr als 1.150 polnische Dörfer zerstört. Sie verschwanden für immer von der Landkarte. Historiker schätzen die Gesamtzahl der Opfer auf 36.000 bis 100.000 ein.

\*In Russland verbotene extremistische Organisation